

1

2 **Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!**

3

4 Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der
5 SPD Hamburg und den Forderungspunkt 2 zur anschließenden Weiterleitung an den
6 Bundesparteitag der SPD beschließen:

7

8 **Forderung:**

9

10 1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, einen sofortigen
11 Abschiebestopp für Jesid*innen in den Irak zu verhängen und sich auf Bundesebene für
12 einen langfristigen Schutz vor Abschiebungen aller in Deutschland lebenden
13 Jesid*innen einzusetzen.

14

15 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert

16 a. zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*innen in Deutschland automatisch Schutz
17 erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden kann und falls nicht, eine
18 neue Stichtagsregelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz gewährleistet.

19

20 b. zu prüfen, ob ein genereller bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus
21 möglich ist und wenn ja, ihn zeitnah im Bundestag zu beschließen.

22

23 **Begründung:**

24

25 Content Note/Inhaltswarnung: (Sexualisierte) Gewalt und Genozid

26



27 2014 tötete der sog. IS im Nordirak schätzungsweise 5.000-10.000 Jesid*innen. Tausende
28 Frauen und Kinder wurden verschleppt, versklavt oder vergewaltigt. Zwischen 2014 und 2017
29 galten Jesid*innen als verfolgt und akut gefährdet. Dadurch hatten sie in Deutschland einen fast
30 sicheren Anspruch auf Asyl. Seit 2017 gilt der IS im Nordirak als vertrieben. Doch sicher ist der
31 Nordirak nicht. Zwar spielt die Terrormiliz in der Region keine große Rolle mehr, doch gibt es in
32 der Region immer wieder bewaffnete Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen unterschiedlichen
33 Gruppen. Frieden gibt es im Nordirak nicht und wird es vermutlich auch nicht in näherer Zukunft
34 geben. In diesem Umfeld besteht gerade für Jesid*innen, die im Irak kaum als gleichwertige
35 Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert werden, weiterhin Lebensgefahr. Die Abschiebung von
36 Jesid*innen in den Irak ist unmittelbar auch die Abschiebung von Menschen in einen Staat,
37 welcher ihnen keine Menschenrechte verspricht.

38

39 Zu Beginn des Jahres 2023 hatte die Bundesregierung den Völkermord an den Jesid*innen
40 anerkannt, noch im Frühjahr Abschiebungen in den Irak als unzumutbar bezeichnet. Spätestens
41 aus der Einstufung der Massaker an den Jesid*innen als Genozid ergibt sich daher ein
42 humanitäres Bleiberecht.

43

44 Menschen, die erst Jahre nach dem Genozid, aber genauso aus einer humanitären Notlage
45 heraus geflohen sind, bekommen in Deutschland keinen pauschalen Schutz mehr. Nun
46 bestimmen Einzelfallentscheidungen von Gerichten, ob ein*e Jesid*in in den Irak abgeschoben
47 wird oder nicht, da ein Lagebild des Auswärtigen Amtes in Teilen des Iraks nicht mehr von einer



48 gruppenmäßigen Verfolgung der Jesid*innen ausgeht. Diese Einzelentscheidungen können
49 und dürfen nicht der Weg sein! Jesid*innen, die von einer Abschiebung in den Irak betroffen
50 sind, verlieren ihr Zuhause, ihre Peers, ihre Sicherheit und Menschenrechte.

51

52 400.000 Jesid*innen sind vor dem Genozid aus dem Irak und Syrien geflohen. Heute leben
53 100.000-200.000 Jesid*innen in Deutschland. Damit bietet Deutschland der größten jesidischen
54 Diaspora eine neue Heimat.

55

56 Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben auf Länderebene bereits
57 Abschiebestopps beschlossen, in NRW gilt dieser speziell für Jesid*innen. Wir brauchen diesen
58 Abschiebestopp bundesweit, nun muss aber auch Hamburg zügig vorangehen und Jesidisches
59 Leben schützen!